

# Reich wie Dagobert, verschwiegen wie der Kreml

Eine Gruppe Unternehmer will die Hamburger Handelskammer reformieren / Auch anderswo wächst der Unmut

emu. HAMBURG, 13. Januar. Das System der Industrie- und Handelskammern in Deutschland ist vielen Unternehmen ein Dorn im Auge. Firmen sind zur Mitgliedschaft verpflichtet und müssen Zwangsabgaben zahlen, wenn Umsatz und Gewinn bestimmte Schwellen überschreiten. Viele Entscheidungen fallen in Hinterzimmern und sind für die Mitglieder kaum nachvollziehbar. Um ihre Liquidität brauchen sich die Wirtschaftsvertretungen nicht zu sorgen. Viele der 80 IHK in Deutschland verfügen über erhebliche finanzielle Polster. Wegen ihres Gebarens müssen sich die Kammern inzwischen in vielen Städten scharfe Kritik vor allem von kleineren Unternehmen anhören, die sich nicht richtig vertreten fühlen und gegen das traditionelle System zu Felde ziehen. So auch in Hamburg, wo sich eine Gruppe von Unternehmern zusammengesetzt hat, um ihre altehrwürdige Handelskammer zu reformieren.

Die Kammer sei „reich wie Dagobert und geheimniskrämerisch wie der Kreml“ wertet der Sprecher der Gruppe, Tobias Bergmann. Zusammen mit 14 Mitstreitern will er die 350 Jahre alte Vereinigung der hanseatischen Kaufleute unter anderem dazu bringen, ihre Zwangsabgaben zu senken und transparenter zu werden. Mit die-

sen Forderungen zieht das Bündnis in die Wahl zum Plenum der Kammer, die vom kommenden Donnerstag an beginnt. Bergmann, der ein mittelständisches Beratungsunternehmen führt, ist zuversichtlich, in der Wahl etwa die Hälfte bis zwei Drittel seiner Leute in der regelmäßig tagenden Versammlung unterzubringen. Er bekomme viele positive Rückmeldungen aus der Unternehmerschaft, sagt er im Gespräch mit dieser Zeitung. Dass die Gruppe namens „Die Kammer sind wir!“ selbst bei einem durchschlagenden Wahlerfolg nur einen Bruchteil der insgesamt bis zu 66 Stimmen in dem Gremium hätte, ficht ihn nicht an. Es gehe nicht darum, mit einer Mehrheit der Stimmen Entscheidungen durchzuboxen: „Wir wollen unsere Inhalte auf die Tagesordnung bringen und für frischen Wind sorgen.“

Besonders übel stößt dem Bündnis auf, dass ihre Kammer über rund 50 Millionen Euro an Rücklagen verfügt, darunter allein rund 22 Millionen Euro an sogenannten Ausgleichsrücklagen. Damit will die Kammer sich über Wasser halten, wenn ihre Firmen in schwachen Jahren weniger Beiträge zahlen. Dieser Fall kann zwar durchaus eintreten, denn die Höhe der individuellen Zwangsabgabe bemisst sich nicht zuletzt am Gewinn des jeweiligen Betriebs. Bergmann, der

als einziger seiner Mitstreiter schon heute im Plenum sitzt, findet das Polster aber viel zu üppig. Er fordert die Kammer auf, ihren gut 170 000 Mitgliedern aus den Reserven einen kompletten Jahresbeitrag zurückzuerstatten. 2012 waren das im Durchschnitt zwar nur 313 Euro je zahlendem Betrieb, was daran liegt, dass die meisten Mitgliedsunternehmen sehr klein sind. Bergmann kommt mit seiner Firma, die rund 30 Mitarbeiter beschäftigt, aber nach eigenen Angaben schon auf einen Betrag von mehreren tausend Euro. Unabhängig von der Höhe der Zahlungen geht es ihm ums Prinzip: Die Kammer müsse nicht mehr Geld horten, als sie wirklich brauche.

Auch als Reaktion auf derlei Kritik hat die Vereinigung in Hamburg im Dezember offenbar die Flucht nach vorn angetreten und angekündigt, für 2013 einen Teil der Beiträge zurückzuzahlen. Außerdem soll die Abgabe in diesem Jahr sinken. Grundsätzlich hält der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, Hans-Jörg Schmidt-Trenz, die Vorwürfe für nicht sachgemäß. Eine aktuelle Umfrage habe ergeben, dass die meisten Mitglieder zufrieden mit der Arbeit ihrer Kammer seien. Außerdem sei das Haus gesetzlich verpflichtet, Rücklagen zu bilden. Bergmann heißt die Beschlüsse vom Dezember gut,

sie gehen ihm aber nicht weit genug. Er will nicht nur Geld zurück, sondern auch mehr Transparenz: genaue Sitzungsprotokolle sollen veröffentlicht werden, ebenso wie das bislang geheim gehaltene Gehalt des Hauptgeschäftsführers.

Auch in anderen Großstädten hat sich innerhalb der IHK schon Widerstand formiert, etwa in Stuttgart und in Berlin. Vielerorts dreht sich die Kritik wie in Hamburg vor allem um die Höhe der Zwangsabgaben und die Rücklagen. Der Bundesverband für freie Kammern, ein Zusammenschluss von Kritikern in ganz Deutschland, hat berechnet, dass die Wirtschaftsvertretungen insgesamt auf einem Polster von rund 1,7 Milliarden Euro sitzen. Das Verwaltungsgericht in Koblenz hat in diesem Zusammenhang erst kürzlich ein Urteil gesprochen. Dort klagte ein Unternehmen gegen den Pflichtbeitrag – und bekam recht. Die Begründung: Die IHK Koblenz habe hohe Rücklagen aufgebaut und damit eine „unzulässige Vermögensbildung“ betrieben. Es habe deshalb kein Grund bestanden, die von dem Kläger angefochtenen Beiträge einzuziehen. Auch das Bundesverwaltungsgericht hat schon Anfang der neunziger Jahre darauf hingewiesen, dass die Reserven nicht unangemessen hoch sein dürften.

FAZ, 14.01.14